

Niederschrift

über die 16. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz am Donnerstag, 05.09.2024 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Klaus-Dieter Bartel	Bündnis 90/Die Grünen
--------------------------	-----------------------

stell. Vorsitz

Herr Kevin Schneider	CDU
----------------------	-----

Ratsmitglieder

Herr Christian Gartmann	CDU
Herr Ramon Kimmel	CDU
Herr Matthias Schumann	CDU
Frau Sandra Wiemers	CDU
Frau Kimberly Lynn Bauer	SPD
Frau Hannah Hammer	SPD
Frau Henrike Lindenberg	SPD
Frau Helen Kehmeier	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dorothea Spielmann-Locks	BÜRGERAKTION

Sachkundige Bürger/innen

Herr Ben Juan Eisenblätter	SPD
Herr Jan Volkenstein	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Luca Gerbl	FDP
Herr Darius Alexander Behner	Allianz für Hilden

Beiräte

Herr Dieter Englich	Behindertenbeirat
---------------------	-------------------

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger	Stadt Hilden
Herr Martin Barnat	Stadt Hilden
Herr Daniel Heuwind	Stadt Hilden
Herr Peter Palitza	Stadt Hilden
Herr Uwe Schielke	
Frau Geri Schwenger	Stadt Hilden
Frau Anja Voß	Stadt Hilden
Frau Sabine Waiss	Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- | | | |
|----|--|-----------------------|
| 1 | Befangenheitserklärungen | |
| 2 | Zwischenstand Kommunale Wärmeplanung | WP 20-25 SV
61/184 |
| 3 | Hitzeaktionsplan | WP 20-25 SV
50/077 |
| 4 | Sachstandsbericht zum Katalog für kurzfristige Maßnahmen zum Hochwasser- und Überflutungsschutz | WP 20-25 SV
66/115 |
| 5 | Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 10.11.2023: Klimaneutrale Stadtverwaltung | WP 20-25 SV
IV/030 |
| 6 | Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 12.03.2024: Beitritt zum Bündnis "Kommune für biologische Vielfalt" | WP 20-25 SV
66/117 |
| 7 | Neubau und Weiterentwicklung der Grünanlage hinter dem Weiterbildungszentrum 'Altes Helmholtz'
Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss gem. § 13 KomHVO | WP 20-25 SV
66/119 |
| 8 | Antrag der FDP-Fraktion vom 10.04.2024:
"Alternative zu Flüchtlingsunterkunft Hofstraße 98" | WP 20-25 SV
51/285 |
| 9 | Unterkunft Hofstraße, Vorstellung Entwurfsplanung mit Unterlagen nach §13 KomHVO NRW | WP 20-25 SV
26/062 |
| 10 | Umbau Bürgertreff zur Kita, Sachstand Planung mit Unterlagen nach § 13 KomHVO | WP 20-25 SV
26/063 |
| 11 | Regenwasserbehandlung Brucherhof und Erweiterung RRB Westring: Unterlagen nach § 13 KomHVO | WP 20-25 SV
66/105 |
| 12 | RWK-Sanierung Verbindungsstraße: Unterlagen nach § 13 KomHVO | WP 20-25 SV
66/113 |
| 13 | Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen | |
| 14 | Entgegennahme von Anfragen und Anträgen | |

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Frau Spielmann-Locks (BA) beantragte die Absetzung des TOP 9 weil die Darlegung der Option 2 „Hotel Anna“ fehle, die Unterlagen damit nicht vollständig seien und der Tagesordnungspunkt daher nicht beschlussfähig sei.

Frau Kehmeier (Grüne/Bündnis90) erwiderte, dass sie über den Sachstand durch die Verwaltung informiert werden möchte. Dies könne die Beratung im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen erleichtern.

Der Antrag auf Absetzung wurde gegen die Stimmen von BA und FDP mehrheitlich abgelehnt.

Einwohnerfragestunde

Frau G., Heinrich-Lersch-Straße, Bürgerinitiative Schwammstadt:

Findet eine Messung der Temperaturen in Schulen statt: z.B. in Klassenräumen, Betreuungsräumen der OGS oder auf Schulhöfen?

Herr Eichner nahm die Anregung auf und sagte zu, bei den Schulleitungen entsprechend nachzufragen. Er verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass es sich hier um eine innere Schulangelegenheit handele.

Frau K. aus Hilden:

Aus ihrer Sicht seien die Unterlagen zur Unterkunft Hofstr. nicht vollständig.

Sie sehe keine Dringlichkeit und habe das Gefühl es solle ein Beschluss ohne ausführliche öffentliche Diskussion herbeigeführt werden. Sie fragte nach, wann dies aufhöre und wann endlich vertrauensbildende Maßnahmen getroffen werden?

Frau Spielmann-Locks (BA) unterstützte Frau König und bemängelte, dass die Unterlagen nicht vollständig seien, weil die Option 2 nicht dargestellt sei.

Herr Kimmel (CDU) wies darauf hin, dass in diesem Ausschuss keine Beschluss erfolge und hier nur eine Information durch die Verwaltung anstehe

Frau König fragte nach, warum die Angelegenheit so dringlich sei? Wo komme diese Dringlichkeit her? Diese Argumentation mache sie hellhörig.

Frau Bauer (SPD) verwies in ihrer Erwiderung darauf, dass die Flüchtlinge vor der Tür stünden und Herr Eichner die Dringlichkeit bereits Anfang des Jahres erläutert habe.

1 Befangenheitserklärungen

keine

In einem Vortrag von greenventory (Herrn Jacobs) wurde der Zwischenstand der kommunalen Wärmeplanung vorgestellt. Die Präsentation war der Sitzungsvorlage beigelegt.

Herr Stuhlträger erläuterte, dass die Stadt den Auftrag bekommen habe, die kommunale Wärmeplanung zu starten und dies gemeinsam mit der Stadtwerke Hilden GmbH angegangen wurde. Damit werden die Möglichkeiten für die Menschen in Hilden aufgezeigt, über Wärmenetze mit Energie versorgt zu werden. Nach dem aktuellen Zwischenstand können 18,3 % der Einwohner (Fokusgebiete Ost, West, Nord) über Fernwärme versorgt werden. Es sei aber zu beachten, dass es sich hier nur um einen Rahmenplan handle und erst mit Beschluss später verbindlich werden könne.

Kehmeier (Bündnis 90/Die Grünen) bat um Übersendung des Entwurfs im Änderungsmodus und erkundigte sich nach dem Verlauf der Workshops.

Herr Jacobs und Herr Barnat erläuterten, dass 3 Workshops stattgefunden haben und rund 20 externe Akteure teilgenommen haben.

Frau Kehmeier hob in diesem Zusammenhang nochmals die Bedeutung des Energiemanagers hervor, der nötig sei, um das notwendige Controlling durchzuführen.

Frau Spielmann-Locks (BA) verwies auf fehlende Fernwärmeangebote für den Hildener Süden. Herr Stuhlträger entgegnete, dass der Aufbau von Wärmenetzen nicht überall möglich sei. Bei der Vorstellung der kommunalen Wärmeplanung in der Stadthalle könne intensiv diskutiert werden.

Der UKS nahm den derzeitigen Sachstand der Kommunalen Wärmeplanung anhand der der Sitzungsvorlage beigelegten Präsentation zur Kenntnis.

3 Hitzeaktionsplan

WP 20-25 SV 50/077

Herr Eichner stellte zu Beginn klar, dass die Verwaltung keinen Beschluss, sondern nur eine Kenntnisnahme der Mitteilung anstrebe.

Herr Englich kritisierte für den Behindertenverband, dass die Inklusionsrelevanz in der Sitzungsvorlage nicht erwähnt sei. Herr Eichner entschuldigte sich dafür wies aber gleichzeitig darauf hin, dass die Sitzungsvorlage zu einem Zeitpunkt erstellt worden sei, an dem die Inklusionsrelevanz noch nicht Pflichtreiter in Session gewesen sei.

Frau Spielmann-Locks (BA) gab einen Hinweis auf die Studie der DUH: Danach habe Hilden einen der höchsten Anteile versiegelter Flächen und daraus resultiere eine hohe Hitzebelastung. Der Hitzeaktionsplan sei deshalb trügerisch, an die Ursachen der Klimakatastrophe müsse herangetreten werden. Deshalb müsse weitere Versiegelung in Hilden gestoppt werden.

Frau Kehmeier (Bündnis 90/Die Grünen) wies auf die Wichtigkeit des Hitzeaktionsplan insbesondere für vulnerable Gruppen hin. Hierfür sei eine Zusammenarbeit zwischen Dezernaten III und IV erforderlich, so dass mehr blau-grüne Infrastruktur (Fassadenbegrünung, Schulhöfe, ...) geschaffen werde. Dies wurde von Herrn Eichner und Herrn Stuhlträger zugesagt.

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nahm den präsentierten Hitzeaktionsplan für die Stadt Hilden zur Kenntnis.

Frau Kehmeier (Bündnis90/DieGrünen) kritisierte, dass die Stadt Hilden 3 Jahre nach dem Starkregenereignis noch immer in der Prüfung sei und mahnte an, endlich ins Handeln zu kommen. Pilotprojekte seien gut, aber Wunsch sei, dass die Verwaltung von sich aus Maßnahmen ergreife. Herr Schielke wies für die Verwaltung darauf hin, dass bei allen Baumaßnahmen wassersensibler Bau mitgedacht werde. Der geplante Umbau der Bahnhofsallee sei ein entsprechendes Beispiel, das seitens der Politik jedoch nicht beschlossen wurde. Auch Frau Spielmann-Locks (BA) betonte, dass aus ihrer Sicht alles viel zu langsam ginge und Maßnahmen schneller umgesetzt werden müssten. Sie vermisse die Fürsorge der Stadt. Herr Stuhlträger entgegnete, dass die Verwaltung schon seit vielen Jahren zu dem Thema aktiv sei und auch in der aktuellen Sitzung Maßnahmen zur Rückhaltung von Regenwasser auf der Tagesordnung stünden.

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nahm Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.

Frau Kehmeier (Bündnis90/DieGrünen) wies darauf hin, dass jemand gebraucht werde, der Kosten einspart. Der Energiemanager soll sich selber rentieren und darüber hinaus noch zusätzliche Einsparungen erzielen. Frau Kehmeier erkundigte sich nach dem Stand des Förderantrages und erläuterte, dass ihre Fraktion die Einstellung des Energiemanagers auch ohne Förderung in die Haushaltsplanberatungen einbringen wolle. Herr Palitzta erläuterte, dass der Antrag in der Prüfung sei und Fragen des Fördergebers jeweils zeitnah beantwortet werden. Die Fragen deuten nach seiner Einschätzung darauf hin, dass in Kürze über den Antrag entschieden werden könnte.

Frau Spielmann-Locks (BA) entgegnete Frau Kehmeier, warum es nicht ausreiche, alle 3 Jahre den Fortschritt über die THG-Bilanz darzustellen. Frau Kehmeier stellte klar, dass es darum ginge, einen Fahrplan aufzustellen, wann wieviel eingespart werden könne.

Antragstext:

Die Verwaltung erarbeitet einen Fahrplan für eine klimaneutrale Stadtverwaltung im Jahr 2035.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit 10 Nein-Stimmen von CDU, SPD, FDP gegen 3 Ja-Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und 1 Enthaltung der BA

Frau Kehmeier (Bündnis90/DieGrünen) stellte dar, dass bei einem geringen Jahresbeitrag relativ hoher Nutzen erzielt werden könne. Die Konferenz der Gartenbauamtsleiter sei nicht mit dem Bündnis zu vergleichen. Herr Schuhmann (CDU) äußerte sich ablehnend, da personelle Ressourcen fehlten, um die Mitgliedschaft zu leben. Diese Auffassung teilte auch Frau Bauer (SPD), die auch auf

entstehende Zertifizierungskosten hinwies.

Frau Spielmann-Locks (BA) wies darauf hin, dass es sich hier um einen Prüfauftrag handle, der sich durch die Sitzungsvorlage erledigt habe.

Frau Kehmeier reagierte und änderte den Antrag entsprechend dahingehend, dass nun eine direkte Mitgliedschaft beantragt werde.

Die Abstimmung erfolgte im Anschluss über den geänderten Beschlussvorschlag: „Die Stadt Hilden dem Bündnis „Kommune für biologische Vielfalt“ bei.“

Antragstext:

Die Stadt Hilden prüft den Beitritt zu dem Bündnis „Kommune für biologische Vielfalt“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit 10 Nein-Stimmen von CDU, SPD, FDP gegen 3 Ja-Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und 1 Enthaltung der BA

7	Neubau und Weiterentwicklung der Grünanlage hinter dem Weiterbildungszentrum 'Altes Helmholtz' Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss gem. § 13 KomHVO	WP 20-25 SV 66/119
---	--	--------------------

Herr Stuhlträger stellte für die Verwaltung das Projekt vor und ordnete die Ergebnisse der Beteiligung der Anlieger ein.

Frau Spielmann-Locks (BA) kritisierte, dass der ursprüngliche Auftrag die Erstellung eines Sinnesgartens für die FZG gewesen sei, nun aber ein Plan zur Attraktivierung der Fläche vorgelegt werde. Für die Stadt habe das Projekt eine untergeordnete Bedeutung und werde deshalb in Anbetracht der Haushaltskonsolidierung abgelehnt.

Frau Wiemers (CDU) betonte, dass es sich hier um eine gute Planung handle; aber das Projekt aufgrund der Haushaltslage um ein Jahr geschoben werden sollte.

Herr Bartel und Frau Kehmeier (jeweils Bündnis90/DieGrünen) verwiesen darauf, dass die Umsetzung sowieso erst für 2026 vorgesehen sei. Es könne zunächst geprüft werden, ob Fördermittel für das Projekt generiert werden könnten und schlugen eine Vertagung vor.

Frau Bauer (SPD) stimmte dem Wunsch nach Vertagung zu und wies darauf hin, dass die Anwohner in der Zwischenzeit nochmals eingebunden werden könnten.

Herr Stuhlträger stellte dar, dass die Anwohner mit der Planung grundsätzlich einverstanden seien und eine Vertagung dazu führen könnte, dass das Projekt nicht in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen werde.

Die CDU beantragte eine Sitzungsunterbrechung, die bei einer Gegenstimme beschlossen wurde.

Nach der Sitzungsunterbrechung erläuterte die CDU, dass ein fraktionsübergreifender Kompromiss gefunden wurde.

Folgender geänderter Beschlussvorschlag wurde nach Beratung zur Abstimmung gestellt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, für diese Baumaßnahme Förderprogramme zu suchen. Sobald eine ggfs. anteilige Förderung in Aussicht gestellt werden kann, wird die Verwaltung beauftragt, die Umsetzung des Projekts wieder zur Beratung zu stellen.“

Beschlussvorschlag:

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz beschließt die Weiterentwicklung der Grünanlage hinter dem Weiterbildungszentrum 'Altes Helmholtz', Gerresheimer Straße 20, 20a und 20b gemäß der als Anlage 2 vorgelegten Planung.

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz gemäß § 5a Abs. 7 der Zuständigkeitsordnung die nach § 13 KomHVO vorgelegten Unterlagen zum Bau der Grünanlage Gerresheimer Straße mit den ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 155.860,00 €.

Die Verwaltung wird beauftragt, für diesen Ausbau in der Investition IO66260051 einen Betrag von 137.000,00 € in den Haushaltsplanentwurf 2025 für das Jahr 2026 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Der geänderte Beschlussvorschlag wurde einstimmig beschlossen.

8 Antrag der FDP-Fraktion vom 10.04.2024:
"Alternative zu Flüchtlingsunterkunft Hofstraße 98"

WP 20-25 SV 51/285

Rm Geibl/ FDP erklärte, dass sich der Antrag auf Grund der Ausführungen in der Sitzungsvorlage erledigt habe.

Antragstext:

Die Verwaltung wird gebeten, mit dem Eigentümer des leerstehenden Gebäudes auf der Hofstraße 56 – 60 (ehemalige Geschäftsstelle des Jobcenter ME-aktiv) in Kontakt zu treten und zu prüfen, ob eine Anmietung oder der Kauf des Gebäudes möglich ist, um dort durch einen geeigneten Umbau und eine Nutzungsänderung eine Unterkunft für geflüchtete Menschen einzurichten.

Die Mietkosten, alternativ der Kaufpreis und die damit zusammenhängenden Umbaukosten sind zu ermitteln.

Das Ergebnis der Prüfung ist dem Rat in seiner Sitzung am 25. September 2024 zur Beratung und Entscheidungsfindung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Antrag zurückgezogen

9 Unterkunft Hofstraße, Vorstellung Entwurfsplanung mit Unterlagen
nach §13 KomHVO NRW

WP 20-25 SV 26/062

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz nahm die vorgelegten Erläuterungen zur Entwurfsplanung zur Kenntnis.

10 Umbau Bürgertreff zur Kita, Sachstand Planung mit Unterlagen
nach § 13 KomHVO

WP 20-25 SV 26/063

Herr Gerbl (FDP) erkundigte sich, ob für die Erweiterung der Feuer- und Rettungswache die nachgelagerte Finanzierung gesichert sei, wenn die Deckung für den Finanzbedarf für die Kita aus dem Feuerwehrprojekt erfolge. Herr Stuhlträger erläuterte die diesbezüglichen haushaltsrechtlichen Zusammenhänge und konnte die Bedenken entsprechend ausräumen.

Herr Schneider (CDU) wies darauf hin, dass zusätzliche Parkplätze für Mitarbeitende benötigt werden und mehr Bring-und Holverkehre entstehen würden. Herr Stuhlträger stellte dar, dass die zur Verfügung stehenden Flächen hierfür ausreichen.

Frau Kehmeier (Bündnis90/DieGrünen) befürwortete das Projekt und sah eine gute Flächenauslastung durch Mehrfachnutzung der Parkflächen durch Einkaufen, Kita und Wohnen.

Auf Nachfrage von Herrn Bartel (Bündnis90/DieGrünen) zum Schließungszeitraum der Kita während des Baus erläuterte Herr Stuhlträger, dass noch kein detaillierter Bauzeitenplan vorliege. Die Bauzeiten und ggf. erforderliche Schließungszeiten würden mit Kita-Leitung und den Verantwortlichen in der Verwaltung rechtzeitig abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt nach Vorberatung durch den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz die überplanmäßige Bereitstellung investiver Mittel im Haushaltsjahr 2024 für die Investitionsmaßnahme "Umbau des Bürgertreffs zur Kita, Lortzingstraße 1" (IO26250078) in Höhe von 35.000 Euro.

Der Rat beschließt nach Vorberatung durch den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz die Bereitstellung investiver Mittel für das Jahr 2025 für die Investitionsmaßnahme "Umbau des Bürgertreffs zur Kita, Lortzingstraße 1" (IO26250078) in Höhe von 750.000 Euro.

Damit mit der Maßnahme in diesem Jahr begonnen werden kann, beschließt der Rat nach Vorberatung durch den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz die außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2024 für das Jahr 2025 für die Investitionsmaßnahme "Umbau des Bürgertreffs zur Kita, Lortzingstraße 1" in Höhe von 750.000 Euro.

Die Deckung für die überplanmäßige Bereitstellung in Höhe von 35.000 Euro erfolgt durch Einsparungen bei der IO26250008 Am Feuerwehrhaus 17, Erweiterung.

Die Deckung für die überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2024 für das Jahr 2025 erfolgt über die Verpflichtungsermächtigung für die Maßnahme Ausbau Bahnhofsallee, 3. Bauabschnitt (VO66250015)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

11 Regenwasserbehandlung Brucherhof und Erweiterung RRB West-
ring: Unterlagen nach § 13 KomHVO

WP 20-25 SV 66/105

Frau Wiemers (CDU) erkundigt sich, ob die Verschiebung um ein Jahr möglich sei, um dadurch eine Einsparung im Haushalt zu realisieren.

Herr Bartel (Bündnis90/DieGrünen) wies darauf hin, dass diese Investition über den Gebührenhaushalt refinanziert werde. Dies bestätigte Herr Schielke und ergänzte, dass die Maßnahme der hydraulischen Sanierung diene und notwendig sei, um das Regenwasser ableiten zu können.

Herr Schneider (CDU) fragte nochmals nach, ob mit Verschiebung der 4 Mio Investitionskosten nicht die Haushaltslage entschärft werden könne.

Herr Stuhlträger erläuterte, dass die Maßnahme zwar refinanziert werde, aber vorfinanziert werden müsse und die Gebühren erst später eingerechnet werden können. Vorfinanzieren ziehe Zinsen nach sich. Solche Maßnahmen würden jedoch regelmäßig durch lfd. Gebühren (teilweise) refinanziert. Er wies darauf hin, dass es schon eine weitere Maßnahme gebe, die mit dieser gekoppelt wird. In der Summe würde es dadurch günstiger und seine Empfehlung sei deshalb, die Maßnahme nicht zu verschieben.

Frau Spielmann-Locks (BA) sprach sich ebenfalls für die Durchführung der Maßnahme aus, da diese durch die Refinanzierung den Haushalt nicht belaste.

Frau Kehmeier (Bündnis90/DieGrünen) wies darauf hin, dass die Durchführung der Maßnahme in späteren Jahren nicht günstiger sei. Sie erkundigte sich danach ob die schützenswerten Eichen in dem Bereich erhalten werden könnten. Zum derzeitigen Planungsstand konnte dies durch Herrn Stuhlträger bestätigt werden.

Beschlussvorschlag:

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz beschließt den Bau der Regenwasserbehandlungs- und -rückhalteanlage Brucherhof, die Erweiterung des RRB Westrings und den Umbau der Einleitstellen gemäß der vorgelegten Planung.

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen berät nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz gemäß § 5a Abs. 7 der Zuständigkeitsordnung die nach § 13 KomHVO vorgelegten Unterlagen zur Teilmaßnahme Bau der Regenwasserbehandlungs- und -rückhalteanlagen sowie Erweiterung des RRB Westrings mit ermittelten Kosten in Höhe von 3.100.000,00 €. In Verbindung mit den in Sitzungsvorlage WP 20-25 SV 66/095 ermittelten Kosten für die Teilmaßnahme Schalbruch ergeben sich für die Gesamtmaßnahme Kosten in Höhe von 3.795.000,00 €.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Haushaltsmittel in den Entwurf des Haushaltsplanes 2025ff aufzunehmen.

Die auf der Investitionsnummer IO66250025 bisher in 2023 und 2024 bereitgestellten Mittel werden übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

12 RWK-Sanierung Verbindungsstraße: Unterlagen nach § 13
KomHVO

WP 20-25 SV 66/113

Die Abstimmung erfolgte ohne Diskussion.

Beschlussvorschlag:

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz beschließt die Sanierung des Regenwasserkanals in der Verbindungsstraße gemäß der vorgelegten Planung.

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen berät nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz gemäß § 5a Abs. 7 der Zuständigkeitsordnung die nach § 13 KomHVO vorgelegten Unterlagen zur Sanierung des Regenwasserkanals in der Verbindungsstraße mit ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 2.000.000,00 €.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Haushaltsmittel auf der Investitionsnummer IO66250059 in den Haushaltsplan 2025ff aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

13 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

keine

14 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Bündnis90/DieGrünen stellten eine Anfrage zu einem Grundstück an der Sportanlage Weidenweg, das aus Sicht der Fraktion als Standort für eine Unterkunft in Frage kommen könnte. In einer ersten mündlichen Antwort verwies Herr Stuhlträger darauf, dass das Grundstück bereits darauf hin geprüft worden sei und nicht geeignet sei.

Die BA stellte eine Anfrage zur Förderung der zentralen Lüftungsanlage in der Grundschule Walder Straße.

Die Anfragen sind dem Protokoll beigelegt.

Ende der Sitzung: 20:26 Uhr

Klaus-Dieter Bartel / Datum
Vorsitzender

Peter Palitza / Datum
Schriftführer

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Peter Stuhlträger / Datum
Beigeordneter